

AUSGABE 10 | 2023

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

EU-Luftqualitätsrichtlinie:
Verantwortung nicht bei den
Städten abladen

Verkehrspolitik:
Modernisierungsoffensive
für den ÖPNV starten

Drei Fragen an: Die Spitze des
Städtetagsausschusses für
Katastrophenschutz, Brandschutz
und Rettungswesen

Leipzig und Houston: Mit
Urban Diplomacy globale
Herausforderungen angehen

AUS DEN STÄDTEN

FORUM

Treffen zu Agenda 2030 in Mannheim:
Nachhaltigkeit in Kommunen –
leichter gesagt als getan

Deutsch-ukrainische Partner-
schaftskonferenz: „Wir Städte stehen
für die Unterstützung unserer Partner
in der Ukraine bereit.“

FACHINFORMATIONEN

EU-Luftqualitätsrichtlinie: Verantwortung nicht bei den Städten abladen

Der Deutsche Städtetag fordert, dass strengere Grenzwerte für saubere Luft in der geplanten EU-Luftqualitätsrichtlinie gleichzeitig auch an verschärfte Vorgaben zu reduzierten Emissionen gekoppelt werden. Denn Schadstoffe müssen an der Quelle bekämpft werden. Dafür müssen Bund und Länder sich bei der EU stark machen. Die Städte warnen davor, die Verantwortung für saubere Luft einseitig

den Städten zuzuschieben und lehnen ein Sammelklagerecht und individuelle Schadenersatzansprüche gegen die Städte ab.

Nach virtuellen Sitzungen des Präsidiums und des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages am 17. November sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster: „Saubere Luft ist lebenswichtig. Die Städte in ganz Deutschland haben in den vergangenen Jahren viele Hebel in Bewegung gesetzt, um Luftschadstoffe zu reduzieren. Und das mit Erfolg: Die gültigen Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub werden inzwischen nahezu flächendeckend eingehalten. Die Städte haben etwa Tempolimits verschärft, Fahrspuren reduziert, vergrößern Frischluftschneisen, fördern den Rad- und Fußverkehr und bauen den ÖPNV aus.“

TITELFOTO

Der Weihnachtsmarkt in Rostock

Der Weihnachtsmarkt in der historischen Rostocker Innenstadt gilt als einer der größten Weihnachtsmärkte in Norddeutschland. Mit seinen Fahrgeschäften und dem Volksfestcharakter lockt er sogar Menschen aus Dänemark, Schweden und Polen in die Hansestadt.

Schon im späten Mittelalter gab es zur Vorweihnachtszeit in Rostock Verkaufsmessen mit allen möglichen Waren für die kalte Jahreszeit und den täglichen Bedarf. 1949 wurden unter dem Namen „Rostocker Weihnachtsmarkt“ auf dem Doberaner Platz Weihnachtsbäume aus der Rostocker Heide verkauft und im Barocksaal Schnitzkunst aus dem Erzgebirge. 1953 kamen Karussells und eine Luftschaukel hinzu.

Wer einen Weihnachtsmarkt lieber etwas leiser und kleiner mag, der findet den im angrenzenden Warnemünde auf dem dortigen Kirchplatz.

(Foto: Thomas Ulrich, Großmarkt Rostock GmbH)

Wenn die EU nun plant, die Luftqualität weiter zu verbessern, sind alle gefordert, die tatsächlich Emissionen produzieren – und das sind nicht in erster Linie die Städte selbst. „Vor allem die Industrie, Automobilhersteller, Energiewirtschaft und Landwirtschaft tragen erheblich zur Luftverschmutzung bei. Sie müssen ihre Emissionen drastisch reduzieren, denn Schadstoffe lassen sich am besten an der Quelle vermeiden. Allein an den Grenzwerten in den Städten zu schrauben, ohne die Emissionsgrenzwerte für die unterschiedlichen Verursacher zu verschärfen, ergibt keinen Sinn. Es muss deshalb nachgeschärft werden bei der Industrieemissionsrichtlinie, bei den EURO-Normen für neue Fahrzeuge und für die Landwirtschaft. Dafür müssen sich Bund und Länder bei der EU starkmachen“, so Lewe.

In Kürze beginnt das sogenannte Trilog-Verfahren zur Richtlinie zwischen Europäischem Rat, Europäischer Kommission und Euro-



Frachtschiffe auf dem Rhein in Düsseldorf (Foto: Düsseldorf Tourismus GmbH)

päischem Parlament. Die EU-Kommission will die Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub in der Luft bis 2030 noch einmal halbieren. Das EU-Parlament fordert sogar, die noch niedrigeren Grenzwerte der WHO bis 2035 verpflichtend zu machen. Das werden viele Städte in diesem Zeitraum nicht schaffen können. Die Bundesregierung muss sich im Europäischen Rat für eine Lösung stark machen, die für die Städte auch umsetzbar ist.

Die Städte bekennen sich ganz klar zu Gesundheits- und Umweltschutz, aber die Verantwortung zur Luftreinhaltung kann nicht automatisch bei ihnen abgeladen werden. Die Richtlinie darf nicht dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürger individuelle Schadenersatzansprüche gegen die Städte geltend machen, obwohl die Kommunen selbst kaum Einfluss auf die Emissionen haben. „Besonders problematisch sehen wir die Einführung eines Sammelklagerechts für Schadenersatzansprüche. Wir haben die große Sorge, dass die Städte erneut mit Klagen und Verfahren überzogen werden,

ohne selbst vor Ort Einfluss auf den Schadstoffausstoß von Industrie, Fahrzeugen oder Landwirtschaft nehmen zu können“, sagte der Städtetagspräsident.

Die Luftqualität hängt von vielen örtlichen und überörtlichen Begebenheiten und geographischen Faktoren ab. Liegt eine Stadt zum Beispiel an einem Fluss mit viel Schiffsverkehr, wird es allein mit örtlichen Maßnahmen niemals gelingen, Grenzwerte einzuhalten. „Die ohnehin vorhandene Hintergrundbelastung allein reicht aus, dass in vielen Städten die vom EU-Parlament für 2030 und 2035 geplanten Grenzwerte überschritten werden – ohne dass auch nur ein Autoauspuff oder Hausschornstein in der Stadt dazu beitragen. Wenn Grenzwerte absehbar nicht zu halten sind, müssen gemeinsam mit den Ländern und dem Bund Maßnahmen entwickelt werden – und das mit ausreichend zeitlichem Vorlauf“, so Lewe.



Station Ohligsmühle der Wuppertaler Schwebebahn (Foto: Mehdi Tavangar, shetani.de)

Verkehrspolitik: Modernisierungsoffensive für den ÖPNV starten

Der Deutsche Städtetag fordert, dass Bund und Länder gemeinsam mit den Kommunen möglichst schnell den geplanten Ausbau- und Modernisierungspakt für den öffentlichen Personennahverkehr ans Laufen bringen. Die Städte wollen eine Modernisierungsoffensive für den ÖPNV in ganz Deutschland. Dafür braucht es dringend mehr Mittel von Bund und Ländern – sonst wachsen die Defizite weiter und der ÖPNV fährt auf Verschleiß. Außerdem muss die Finanzierung des Deutschlandtickets schnell und dauerhaft geklärt werden.

Nach virtuellen Sitzungen des Präsidiums und des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages am 16. November 2023 sagte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages,

Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig: „Die Mobilitätswende darf kein leeres Versprechen bleiben. Wir wollen mehr Menschen dafür gewinnen, auf Busse und Bahnen umzusteigen. Wir wollen Strecken ausbauen, den Takt verbessern und mehr klimaneutrale Fahrzeuge einsetzen. Je attraktiver das Angebot des ÖPNV ist, desto mehr Menschen steigen vom eigenen Auto um. Das sorgt für lebenswerte Städte und Regionen, für weniger Staus, bessere Luft und ist ein elementarer Beitrag zum Klimaschutz.“

Die Kommunen tragen schon heute über 4 Milliarden Euro pro Jahr zur Finanzierung des ÖPNV bei. „Für uns ist das ein großer Kraftakt. Um das aktuelle Angebot nicht nur zu halten, sondern auszubauen

und attraktiver zu machen, müssen wir massiv in den öffentlichen Personennahverkehr investieren. Wir brauchen eine Modernisierungsoffensive für den ÖPNV. Das ist gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Doch die Gespräche zwischen Bund und Ländern zum angekündigten Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV stocken seit Monaten. Damit steht die Verkehrswende aktuell auf dem Abstellgleis“, so Jung.

Neben dem kommunalen Finanzierungsanteil gibt es zusätzliche Mittel für den ÖPNV derzeit vor allem über die sogenannten Regionalisierungsmittel und über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Mit den Regionalisierungsmitteln erhalten die Länder Geld vom Bund, vor allem für den Betrieb des Schienennahverkehrs. Mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz stellt der Bund den Kommunen Finanzhilfen für Investitionen in den ÖPNV bereit. Die Mittel für beide Finanzierungstöpfe wurden in den vergangenen Jahren zwar erhöht – aber bei weitem nicht ausreichend. Statt mehr investieren zu können, gerät der ÖPNV durch Inflation, Preissteigerungen und steigende Personalkosten immer mehr ins Defizit. Die Bundesregierung hatte im Koalitionsvertrag bereits 2021 angekündigt, dass es einen Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV geben soll, bei dem sich Bund, Länder und Kommunen auch über die Finanzierung bis 2030 verständigen. Bisher gibt es dazu aber keine Ergebnisse.

„Die Landesverkehrsminister wollen sich erst im kommenden Jahr weiter über die Finanzierung des ÖPNV unterhalten und der Bund hat deutlich gemacht, dass er frühestens ab 2025 weitere Finanzausgaben machen wird. Damit ist jetzt schon klar, dass es bis zur nächsten Bundestagswahl keinen Ausbau des ÖPNV geben kann, der für die Bürgerinnen und Bürger mehr Qualität und bessere Verbindungen bringt. Denn selbst wenn die Städte morgen loslegen und investieren könnten, dauern allein Ausschreibungen für neue Strecken oder Fahrzeuge mindestens zwei Jahre. Wenn Bund und Länder mit der Verkehrswende einen messbaren Beitrag zur Mobilität für alle und für die Klimaziele bis

2030 leisten wollen, brauchen wir jetzt deutlich mehr Tempo. Bund und Länder müssen sich schnell auf eine Finanzierungslösung für den ÖPNV-Ausbau einigen, die dann spätestens ab dem 1. Januar 2025 gilt“, forderte der Städtetagsvizepräsident.

Regionalisierungsmittel jährlich erhöhen

Der Deutsche Städtetag fordert unter anderem, die Regionalisierungsmittel ab sofort jedes Jahr um 1,5 Milliarden Euro gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu erhöhen – und diese Erhöhung bis mindestens 2030 abzusichern. Außerdem muss es zusätzliche Mittel für Investitionen in den ÖPNV geben. „Wir brauchen für die Modernisierungsoffensive im ÖPNV nicht nur einen Ausgleich der Preissteigerungen im laufenden Betrieb, sondern zusätzliche Mittel für Investitionen und für die Umrüstung unserer Fahrzeugflotten auf klimaneutrale Antriebe. Bund und Länder müssen sich dafür deutlich mehr finanziell beteiligen als bisher. Die Städte stehen für den Ausbau von Bus und Bahn in den Startlöchern und haben ihren Teil geliefert. Jetzt sind Bund und Länder dran“, machte Jung deutlich.

Deutschlandticket: Finanzierung über 2024 hinaus klären

Auch beim Deutschlandticket sind Bund und Länder in der Pflicht. „Wenn das Ticket als ein wichtiger Baustein der Mobilitätswende dauerhaft ein Erfolg sein soll, dann muss es auch langfristig und verlässlich finanziert sein“, sagte der Städtetagsvizepräsident. Stattdessen ist die Finanzierung weiter in der Schwebe: Bund und Länder konnten sich nicht darauf verständigen, die tatsächlichen Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen durch das Deutschlandticket auch im kommenden Jahr komplett auszugleichen. „Bund und Länder müssen sich jetzt schnell verständigen, wie es mit der Finanzierung des Deutschlandtickets weitergeht – und diese Finanzierung dann auch langfristig absichern. Denn für die Zeit nach 2024 haben wir aktuell noch gar keine Zusagen für die Finanzierung. So ist die nächste Hängepartie zur Zukunft des Deutschlandtickets vorprogrammiert“, sagte Jung.

Drei Fragen an: Die Spitze des Ausschusses für Katastrophenschutz, Brandschutz und Rettungswesen

Mit einer konstituierenden Sitzung am 21. und 22. September 2023 in Mainz wurde im Deutschen Städtetag ein neuer Ausschuss gegründet – der Ausschuss Katastrophenschutz, Brandschutz und Rettungswesen. Gewählte Vorsitzende des Ausschusses ist Bürgermeisterin Ulrike Mohrs aus Koblenz, ihre Stellvertreterin die Beigeordnete Brigitte Meier aus der Landeshauptstadt Potsdam.

1. Städte sind immer häufiger mit Krisen konfrontiert. Was hat sich über die Jahre in den Städten verändert?

Ulrike Mohrs: Die Definition der Krisen hat sich im Laufe der Jahre verschoben. Krise ist das neue Normal. Wir als Städte mussten unseren Katastrophenschutz anpassen, damit eine schnellere und zielorientiertere Reaktion stattfindet. Dieser muss immer aktuell sein.

Brigitte Meier: Wir Verantwortlichen in den Stadtverwaltungen müssen lernen, resilienter zu werden, Entscheidungen zügiger und risikobereiter zu treffen. Insbesondere das Überlagern mehrerer stark herausfordernder Krisen, sogenannte Polykrisen, wie die Pandemie und Fluchtwellen zum Beispiel zwingen uns altbewährte Entscheidungswege zu verkürzen.

2. Was sind die aktuellen Herausforderungen der Städte in diesem Themenbereich?

Ulrike Mohrs: Die Erwartungshaltung unserer BürgerInnen wächst ständig. Im Krisenfall wird erwartet, dass wir als Städte ein Rundum-sorglos-Paket anbieten. Das ist in diesem Umfang nicht leistbar. Die Resilienz des Einzelnen muss erhöht werden.

Brigitte Meier: Meines Erachtens ist die größte Herausforderung für die Zukunft, wie unter den Bedingungen von Fachkräftemangel und mangelnder Digitalisierung deutscher Verwaltungen das Managen unerwarteter Ereignisse und Krisen gelingen kann.

3. Welche Erfahrungen oder Erlebnisse verbinden Sie persönlich mit dem Thema Katastrophenschutz?

Ulrike Mohrs: Erfahrungen mit dem Katastrophenschutz habe ich vor allem während der weltweiten Corona-Pandemie und in der Nacht der Flutkatastrophe im Ahrtal 2021, als ich in der Integrierten Leitstelle war, gemacht. Beide Krisen haben viele Menschenleben gefordert. Diese Ereignisse zeigten uns, dass wir uns im Katastrophenschutz anders aufstellen und bessere Strukturen schaffen müssen.

Brigitte Meier: Als Sozialdezernentin von München war ich 2015 für die Unterbringung der Flüchtlingsströme über den Münchner Hauptbahnhof zuständig. Eine enorme Herausforderung, welche wir nicht nur völlig unvorbereitet, sondern auch ohne professionelle Stabsstruktur in der Stadt meistern mussten. Als mich Anfang 2020 dann in Potsdam die nächsten Krisenlagen ereilten, konnte ich bis heute eine stetige Professionalisierung der Stabsarbeit mitgestalten.



Grafik: Stadt Essen



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

GEMEINSAM

AUSBAUEN:

Mit klimafreundlicher Fernwärme
mehr Haushalte mit
Erneuerbaren versorgen.

Jetzt mehr erfahren:
energiewechsel.de/waermenetze

80 MILLIONEN GEMEINSAM FÜR
ENERGIEWECHSEL

Leipzig und Houston: Mit Urban Diplomacy globale Herausforderungen angehen

Von Dr. Gabriele Goldfuß



Treffen beim Bürgerdialog im Rathaus von Houston (v. l.): Sylvester Turner, Bürgermeister von Houston, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig und Bundesaußenministerin Annalena Baerbock. (Foto: Stadt Leipzig)

Anfang September 2023 bereiste Bundesaußenministerin Annalena Baerbock die USA. Teil der Delegation, die die Außenministerin begleitete, war auch Leipzigs Oberbürgermeister und Vizepräsident des Deutschen Städtetages Burkhard Jung. Eine Station der USA-Reise Baerbocks war der Bundesstaat Texas und die texanische Metropole Houston.

Es war der erste offizielle Besuch eines Mitglieds der Bundesregierung seit über 30 Jahren in Texas – auf kommunaler Ebene gibt es langjährige und regelmäßige Beziehungen zwischen Deutschland und Texas: Houston ist Partnerstadt Leipzigs – insgesamt gibt es neun deutsch-texanischen Städtepartnerschaften, die seit Jahrzehnten einen lebendigen Austausch im Rahmen der transatlantischen Partnerschaft pflegen.

Städtediplomatie (Urban Diplomacy) war deshalb ein Schwerpunkt der Gespräche rund um den Besuch der Außenministerin in Houston. „Ich bin der festen Überzeugung, dass Städtediplomatie viele Themen der Außenpolitik für unsere Bürgerinnen und Bürger greifbarer macht. Städte arbeiten in

stabilen internationalen Netzwerken und in bilateralen Beziehungen zusammen“, sagte Burkhard Jung. „Diese Beziehungen sind sehr widerstandsfähig, sie können Schocks, tiefgreifende politische Veränderungen und Krisensituationen überstehen und dort auch häufig vermitteln sowie konkrete Unterstützung leisten.“

Urban Diplomacy umfasst vielfältige Themen wie Stadtentwicklung, Fragen der Demokratie, Diversität und Multikulturalität, resiliente Städte, neue Mobilität, Daseinsvorsorge und Umwelt, Kooperationen in Wissenschaft oder Bildung und Sport. Bei einem Bürgerdialog im Rathaus von Houston mit Außenministerin Baerbock, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung und Sylvester Turner, Bürgermeister von Houston, wurde klar: Die wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit müssen sowohl aus globaler als auch lokaler Perspektive angegangen werden: bilateral, in Netzwerken, gemeinsam mit der Bürgerschaft, grenzübergreifend. Darin liegt der Mehrwert von Urban Diplomacy.

Dr. Gabriele Goldfuß
Referatsleiterin Internationale Zusammenarbeit
Stadt Leipzig



So wird der Parkplatz der Beethovenhalle künftig gestaltet sein: Außen an der Straße sind die Stellflächen angelegt, im Innern wird viel Grün geschaffen. (Grafik: Bundesstadt Bonn)

Bonn: Stadt plant Beethovenpark

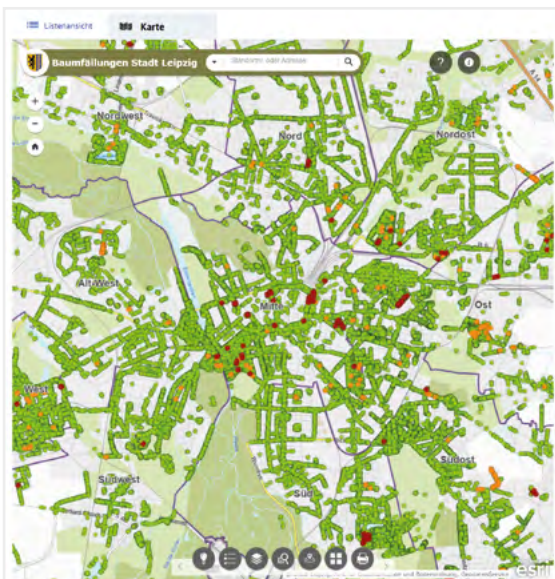
Die Stadt Bonn will die Grünanlage vor der Beethovenhalle in Zukunft stärker für die Klimaanpassung der Stadt nutzen. Die unter Denkmalschutz stehende Außenanlage soll dafür im Zuge der Sanierung der Beethovenhalle durch Entsiegelung eines Parkplatzbereiches um rund 2.250 Quadratmeter vergrößert und zu einem Beethovenpark aufgewertet werden. Ehemalige Wegeführungen werden in Form von wasserbindenden Fußwegen aufgegriffen. Auch die Beleuchtung wird umfassend erneuert. Die Kosten sollen 8,5 bis 8,7 Millionen Euro betragen.

➔ <https://t1p.de/beethovenhalle>

Leipzig: Online-Karte zeigt Baumfällungen und Neupflanzungen an

Fällungen von Straßenbäumen und Bäumen in öffentlichen Grün- und Parkanlagen werden in Leipzig mit Hilfe einer digitalen Karte angekündigt und nachgehalten. In der Karte markiert sind die Standorte aller rund 57.000 Straßenbäume. Dazu kommen etwa genauso viele Bäume in öffentlichen Grün- und Parkanlagen. Bäume auf Privatgrundstücken und im Stadtwald sind ausgenommen. Auch Neu- und Ersatzpflanzungen sind gekennzeichnet.

➔ www.leipzig.de/stadtbaum



Grafik: Stadt Leipzig



Foto: Peter Himsel, Difu

Düsseldorf, Freiburg, Hamburg, Osnabrück, Stuttgart sind klimaaktive Kommunen 2023

Die fünf Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages gehören zu insgesamt zehn Kommunen, die auf der Kommunalen Klimakonferenz 2023 für vorbildliche Klimaschutzprojekte ausgezeichnet worden sind: Düsseldorf für einen Klimapakt mit der Wirtschaft, Hamburg für einen klimafreundlichen Gewerbepark, Osnabrück für ein Solarprogramm, Freiburg für einen Solardach-Radweg und Stuttgart für die besonders klimafreundliche Sanierung einer Schule.

➔ <https://t1p.de/klimaaktive-kommune>
 ➔ www.klimaschutz.de/de/wettbewerb2023



Treffen zu Agenda 2030 in Mannheim: Nachhaltigkeit in Kommunen – leichter gesagt als getan

Unter dem Titel „Nachhaltigkeit in Kommunen – leichter gesagt als getan“ fand am 9. und 10. November 2023 im Ratssaal der Stadt Mannheim das „8. Vernetzungstreffen des Clubs der Agenda 2030 Kommunen“ statt. Zum Fach- und Erfahrungsaustausch geladen waren Vertreterinnen und Vertreter aus deutschen Kommunen, die die Musterresolution zur Agenda 2030 auf kommunaler Ebene unterzeichnet haben. Organisiert hatten das Treffen die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global (EG) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Stadt Mannheim und die Metropolregion Rhein-Neckar. Der Deutsche Städtetag und die Deutsche Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sind Kooperationspartner.

Eine der zentralen Fragen der Veranstaltung war, an welchem Punkt die Umsetzung der Agenda 2030 steht. Die Halbzeitbilanz zur Agenda 2030 fiel, was wenig überraschte, etwas ernüchternd aus. Schließlich wurde der bilanzierte Zeitraum maßgeblich beeinflusst durch gesellschaftliche Krisen wie die Corona-Pandemie, kriegerische Konflikte und ein geschwundenes allgemeines Vertrauen zwischen den Weltstaaten. Weiterführend wurde konstatiert, dass die Kommunen zwar inzwischen als wichtigste Instanz in der Umsetzung der Agenda 2030 und der damit verbundenen Implementierung der 17 SDGs und der 169 Unterziele anerkannt sind. Ungeachtet dessen sei jedoch die Einbindung der Kommunen im weltweiten Diskurs um Nachhaltigkeit noch deutlich zu gering und fände auf UN-Ebene zu wenig Gehör.



Fotos: Andreas Henn

Einen wichtigen Lichtblick entgegen dieser Struktur zeigten Teilnehmende aus Hamburg, Mannheim und Rottenburg am Neckar in einer Fishbowl-Diskussion auf. Sie hatten zuletzt beim renommierten High-Level Political Forum (HLPF) im Juli in New York vor den Vereinten Nationen (UN) ihre kommunalen Erkenntnisse aus ihren Voluntary Local Reviews (VLR) vorstellen können.

Mit Blick auf die Zukunft wurde die Frage erörtert, ob die Agenda 2030 zu ihrem Zielzeitpunkt im Jahr 2030 eine Transformation durchmachen werde oder eine Nachfolgeagenda ihre Stelle einnimmt. Nach Einschätzung von Expertinnen und Experten dürfte eine rein zeitliche Erweiterung politisch wenig sinnvoll sein, da sowohl Zielsetzungen als auch Inhalte angepasst werden sollten. Genauer werde sich dies in den nächsten Jahren abzeichnen.

Bei den Vorträgen und Diskussionen um den Themenbereich „Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement“ wurde nochmals deutlich, wie wichtig es ist, alle Akteursgruppen innerhalb der Verwaltung und auch darüber hinaus in den kommunalen Nachhaltigkeitsprozess zu integrieren. Ob innerhalb der

Verwaltung hierfür starre Kommunikationsstrukturen aufgebrochen werden müssen oder bereits fachämterübergreifende Kommunikationsknotenpunkte genutzt werden sollen, hängt stark von den jeweiligen kommunalen Gegebenheiten ab.

Sowohl die mangelnde Einbindung der Kommunen in den überstaatlichen Diskurs um die Agenda 2030 auf Ebene der UN als auch vor Ort die Einbeziehung der kommunalen politischen Spitze und die Schaffung eines kommunalen transparenten Nachhaltigkeitsprozesses, der jegliches Engagement innerhalb einer Kommune aufgreift, zeigen die immensen Herausforderungen, vor denen die Gebietskörperschaften stehen. Der Titel „Nachhaltigkeit in Kommunen – leichter gesagt als getan“ gibt diese Spannungssituationen wieder. Dennoch haben kurze kommunale „Pitches“ bei der Veranstaltung in Mannheim auch gezeigt, dass trotz starker Widrigkeiten, wie leere Finanzkassen und personelle Engpässe, durch kreative Ideen aus den Kommunen starke Projekte zur Umsetzung der SDGs erfolgen können. Von daher endeten die beiden Veranstaltungstage mit einem positiven Gefühl des kommunalen Aufbruchs.

Deutsch-ukrainische Partnerschaftskonferenz: „Wir Städte stehen für die Unterstützung unserer Partner in der Ukraine bereit.“

Kooperationsmöglichkeiten zwischen ukrainischen, deutschen und weiteren europäischen Partnerkommunen in Zeiten des Krieges aufzeigen, das Netzwerk deutsch-ukrainischer kommunaler Partnerschaften stärken und ein Zeichen der Solidarität mit den ukrainischen Kommunen und Regionen setzen. Mit diesen Zielen trafen sich vom 13. bis 15. November gut 550 Teilnehmende und Gäste zur sechsten deutsch-ukrainischen kommunalen Partnerschaftskonferenz in Leipzig.

Prominente Teilnehmende neben vielen Stadt- und Verbandsspitzen waren der Bundespräsident und Schirmherr des deutsch-ukrainischen kommunalen Partnerschaftsnetzwerks Frank-Walter Steinmeier und Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze und Vitali Klitschko, Oberbürgermeister der Stadt Kyjiw und Vorsitzender der Association of Ukrainian Cities.

Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister aus Münster, betonte anlässlich der Konferenz, dass die deutschen Städte weiter fest an der Seite der Ukraine stehen. Er verwies auf die deutlich gestiegene Anzahl der kommunalen Partnerschaften. „In den mittlerweile 190 Partnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen Städten und Gemeinden wird Zusammenarbeit, Verständigung und Unterstützung gelebt“, so Lewe. Das zeige sich in den Hilfslieferungen und Fahrzeugspenden, welche deutsche Städte bisher schon auf den Weg gebracht hätten, aber auch bei der Aufnahme der vielen Geflüchteten aus der Ukraine „mit offenen Armen“. Auch den Wiederaufbau in der Ukraine würden die deutschen Städten „mit ihrem Know-how und einem direkten Draht in die Kommunen in der Ukraine mitgestalten und unterstützen“, sagte Lewe.

Foto: Engagement Global, Nicky Hellfritzsch



Foto: Christian Modia, Leipziger Messe



Burkhard Jung (von links), Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Vitali Klitschko, Oberbürgermeister der Stadt Kyjiw und Vorsitzender der Association of Ukrainian Cities und der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer bei der deutsch-ukrainischen kommunalen Partnerschaftskonferenz. (Foto: Nicky Hellfritzsch, Engagement Global)



Foto: Nicky Heilfritsch, Engagement Global

Ausrichter der Partnerschaftskonferenz waren die Servicestelle Kommunen in der einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Kooperation mit der Gastgeberstadt Leipzig. Am zweiten Konferenztage hatte der Deutsche Städtetag in Kooperation mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden und der Association of Ukrainian Cities einen „Runden Tisch“ organisiert. Daran nahmen Burkhard Jung, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Leipzig, Henriette Reker, Präsidiumsmitglied des Städtetages, und Oberbürgermeisterin der Stadt Köln teil, sowie Claudia Sommer, Bürgermeisterin der Samtgemeinde Wathlingen, Borys Filatow, Bürgermeister von Dnipro, und Oleksandr Kodola, Bürgermeister der Stadt Nischyn.

Städtetagsvizepräsident Burkhard Jung betonte, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine dürfe nicht in den Hintergrund rücken, angesichts der Terrorangriffe der Hamas auf Israel – „der Krieg bedroht unser aller Werte und Freiheit.“ Außerdem mahnte er, Empörung und Empathie seien weiterhin wichtig, „wir wollen und dürfen uns an Krieg nie gewöhnen“. Der Städtetagsvizepräsident verwies darauf, wie wichtig es sei, „dass die Stadtverwaltungen täglich die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass das Leid der Zivilbevölkerung möglichst gering ist“. Die Bevölkerung mit allem zu versorgen, sei eine „gewaltige Aufgabe“.

Vitali Klitschko, Oberbürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw dankte für die Unterstützung der Städte, für Hilfsgüterlieferungen und humanitäre Hilfe und dafür, „dass unsere Geflüchteten in den europäischen Ländern ein Zuhause gefunden haben“. Die Ukraine kämpfe dafür, den Frieden zurück in das Land zu bringen und es wieder aufbauen zu können. Das könne nur gemeinsam gelingen. Damit die Ukraine ein europäisches Land mit europäischen Standards werden könne, so Klitschko weiter, bedürfe es Reformen, etwa gegen Korruption in Staatsanwaltschaft und Polizei und in der kommunalen Selbstverwaltung. „Dabei hilft uns die Erfahrung unserer Partner, europäische Standards zu erreichen“, so Klitschko. Um den Wiederaufbau vorzubereiten, brauche es außerdem schon jetzt einen „Marshall-Plan“.

Städtetagspräsident Lewe wies mit Blick auf die für Juni 2024 geplante Wiederaufbaukonferenz in Berlin in einem Presse-Statement darauf hin, dass sich die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) bereits im ersten Jahr nach Kriegsbeginn in der „Erklärung der deutschen Kommunen zum Wiederaufbau der Ukraine“ bekannt haben und mit ihrem Know-how ihren Beitrag leisten wollten, dass sie dafür aber auch mit am Tisch sitzen sollten. „Gemeinsam werden wir der Ukraine vor Ort neue Perspektiven geben. Der Wiederaufbau muss schnellstmöglich beginnen. Wir Städte stehen für die Unterstützung unserer Partner in der Ukraine bereit.“



Bedarfsanalyse zur Informationssicherheit von deutschen Städten

Wie kann die Informationssicherheit von Städten verbessert werden? Welche verschiedenen Anforderungen haben diesbezüglich einzelne Fachbereiche der Stadtverwaltung? Wie kann ein einheitlicher Rahmen aussehen? Welche gesetzlichen Vorgaben, verbindlichen Standards und zentralen Lösungen helfen? Diese und weitere Fragen thematisiert die Bedarfsanalyse der Stiftung Neue Verantwortung und des Deutschen Städtetages in 34 Städten.

➤ <https://t1p.de/informationssicherheit2023>

Neuaufgabe der Baunutzungsverordnung

Die Baunutzungsverordnung (BauNVO) ist das zentrale Regelwerk für die Planung und Nutzung von Grundstücken und Gebäuden in Deutschland und eine unverzichtbare Orientierungshilfe für alle mit dem öffentlichen Baurecht Befassten. Der Kommentar erläutert ausführlich die BauNVO, gibt praxisnahe Handlungsempfehlungen für die Umsetzung und berücksichtigt alle seit Erscheinen der Voraufgabe ergangenen Gesetzesänderungen. Die 14. überarbeitete Auflage ist erschienen bei Kohlhammer und kostet 149 Euro.

➤ <https://shop.kohlhammer.de/baunutzungsverordnung-42240.html#147=11>



Foto: alessmunt, stock.adobe.com

Fachtagung zu Wegen aus der Wohnungsnot

Das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO), Maßnahmen des Bündnisses bezahlbarer Wohnraum, ausgewählte Förder- und Modellregionen sowie eine Diskussion um mehr Flächen für einen bedarfsgerechten Wohnungsbau – diese Programmpunkte stehen im Mittelpunkt der Fachtagung „Mehr Wohnungsbau ermöglichen: Raumordnung und interkommunale Kooperation als Wege aus der Wohnungsnot“ – organisiert durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) am 30. Januar 2024 in Berlin.

➤ <https://t1p.de/fachtagung-wohnungsbau>

Deutscher Städtetag

Präsidium



Foto: Stadt Frankfurt am Main

Oberbürgermeister **Mike Josef**, Stadt Frankfurt am Main, wurde vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages im November ins Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt. Der Sozialdemokrat steht seit Mai 2023 an der Spitze der Stadt Frankfurt am Main.



Foto: Hans-Jürgen Wege

Die Oberbürgermeisterin der Hansestadt Lüneburg, **Claudia Kalisch** (Bündnis 90/Die Grünen), wurde ebenfalls ins Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt. Sie leitet seit 2021 die Geschicke der Hansestadt und engagiert sich bereits seit 2022 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Ausschuss für Katastrophenschutz, Brandschutz und Rettungswesen



Foto: Karoline Wolf

Im Deutschen Städtetag wurde der Ausschuss Katastrophenschutz, Brandschutz und Rettungswesen neu gegründet. Zur Vorsitzenden des Ausschusses wurde Bürgermeisterin **Ulrike Mohrs** aus der Stadt Koblenz bei der konstituierenden Sitzung am 21. und 22. September 2023 in Mainz gewählt. Sie hatte bereits im Beirat für Katastrophenschutz, Brandschutz und Rettungswesen den Vorsitz inne. Stellvertreterin ist Beigeordnete **Brigitte Meier** aus der Landeshauptstadt Potsdam.



Foto: Privat

Wiederwahl



Foto: Stefan H. Schenk

Jan Lindenau, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat steht seit 2018 an der Stadtspitze von Lübeck.

Geburtstage



Foto: Jacqueline Friedrichs, Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd

Richard Arnold, der langjährige Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd, wird am 11. Januar 65 Jahre alt. Der Christdemokrat leitet bereits seit 2009 die Geschicke der Stadt Schwäbisch Gmünd.



Foto: Andrzej Lazowski

Der Bürgermeister von Wolgast, **Martin Schröter** (parteilos), begeht am 10. Januar seinen 60. Ehrenstag. An der Spitze der Stadt Wolgast steht er seit 2022.



Foto: Manfred Zimmerma, Euromediahouse

Oberbürgermeister **Dr. Ingo Meyer** (parteilos), Stadt Hildesheim, feiert am 20. Januar seinen 55. Geburtstag. Er steht seit 2014 an der Stadtspitze von Hildesheim.



Foto: Daniel Peter

Christian Schuchardt, Oberbürgermeister von Würzburg, feiert am 29. Januar seinen 55. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet seit 2014 die Geschicke der Stadt Würzburg. Im Deutschen Städtetag engagiert sich der Oberbürgermeister seit 2020 im Hauptausschuss.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de